

Schönburger Tageblatt

Waldenburger Anzeiger

Erscheint wochentl. Nachm. Bezugspreis v. 1.-15. März im voraus 75 G. Pfg. freibl., auschl. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Goldpf., Sonntags-Nr. 20 Goldpf. Anzeigenpreise: 6 Geisp. Petitzeile 0,10 Goldmark, v. außerhalb des Bezirkes 0,15 Goldmark, 3 Geisp. Reklamezeile 0,45 Goldmark, Hinweise auf Anzeigen und Einzeilanden 0,10 Goldmark, Nachweise- und Offertengebühr 0,10 Goldmark, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gegründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postamt Waldenburg. Postfach Nr. 4488. Bankkonto: Vereinsbank zu Goldsch. Filiale Waldenburg. Stadtkontor Waldenburg 16. Raconte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsweiser Umrechnung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschuß inkräftig.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Rastner in Waldenburg Sachsen. Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungswirten-Bereins (E. V.) - Verlagort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabebetage erbeten. Ausgabe nachmittags 4 1/2 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Geschäftszeit 7-12, 2-5 Uhr. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wollenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penzig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Riffen.

Im Falle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Maschinenbruch, Störungen im Druckereibetrieb oder sonstiger Natur hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Ersatz der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Die Verantwortlichkeit für die in dieser Zeitung angelegenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Zugleich weit verbreitet in den Ortsgemeinschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräundorf, Callenberg, Frohndorf, Falken, Grumbach, Raufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 59

Sonntag, den 9. März 1924

46. Jahrgang.

Die Sachverständigen erklären sich gegen die Ruhrbesetzung.

Dollarkurs (amlich 7. März) 4000 Milliarden. Neuerdings verlautet, daß die Reichstagswahlen am 11. Mai stattfinden sollen.

Im Reichstag sprach Graf Ranik über die Not der Landwirtschaft.

Die Reichsregierung verzichtet auf ihre Wahlreform. In den deutsch-polnischen Verhandlungen sind Schwierigkeiten entstanden.

Der sächsische Landtag fordert Maßnahmen gegen die fremdkämmige Einwanderung.

Die Zahl der Ruhrbesetzer in Leipzig ist auf 170.000 gestiegen.

Dr. Zeigner dient den Franzosen als Kronzeuge. Im Pilsner-Prozess wurde geklärt die Verhandlung fortgesetzt.

Der Franken kündigt weiter. Poincaré droht mit seinem Rücktritt.

Die Franzosen verschleiern die Ruhrfrage. Die spanische Stellung in Marokko wurde von den Riff-Tribunen durchbrochen.

Das türkische Kabinett ist zurückgetreten. In Neuport wurde eine deutsch-amerikanische Handelskammer errichtet.

Waldenburg, 8. März 1924.

Zu den unzähligen Paragraphen des Versailler Schmiedefriedens, die eine Verklammerung des deutschen Volkes bezwecken und die Deutschen bewußtstermaßen auch seelisch erniedrigen sollen, gehören die Militärkontrollbedingungen. Immerhin wagte man selbst in Versailles nicht, dem Deutschen Reich eine dauernde Militärkontrolle aufzuzwingen. Deshalb bestimmte der Paragraf 203 des Versailler Diktates nur eine Kontrolle über die uns auferlegte Verminderung des Heeres und seiner Ausrüstung und die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht bis zu der Frist der vollzogenen Abrüstung und Umstellung unserer Armee. Daß Deutschland seinen Verpflichtungen hinsichtlich der militärischen Abrüstung nachgekommen ist, wurde gerade in England wiederholt öffentlich festgestellt. Die Frist für die uns demütigende Tätigkeit der militärischen Kontrollkommission der Entente in Deutschland ist somit abgelaufen, und man sollte meinen, daß nunmehr automatisch diejenigen Bestimmungen des Versailler Vertrages in Kraft treten, die eine militärische Kontrolle Deutschlands nach der vollzogenen Abrüstung regeln. Paragr. 213 des Versailler Friedens sieht vor, daß der Völkerbund das Recht haben soll, auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses eine Stichkontrolle der militärischen Maßnahmen Deutschlands vorzunehmen.

Es schien anfänglich, als ob gerade die englische Arbeiterregierung Frankreich wenigstens zur Innehaltung des Friedensvertrages anhalten wolle. Desto mehr müssen die Kompromißverhandlungen zwischen Macdonald und Poincaré über die Militärkontrollfrage angesichts der klaren rechtlichen Verhältnisse überraschen. Vielleicht legt Macdonald Wert darauf, durch eine antimilitaristische und pazifistische Haltung gegenüber dem wehrlosen Deutschland seine Zugehörigkeit zum internationalen Sozialismus herauszufreichen. In England, wo er eine ungewöhnliche Verstärkung der englischen Luftstreitkräfte und auch die Durchführung des konservativen Flottenprogramms betreibt, macht er selbstverständlich von diesen Anschauungen seiner Vergangenheit keinen Gebrauch. Dort ist er Engländer, der sehr genau weiß, daß ein wehrloser Staat zum Spielball der ganzen Welt wird und schließlich unweigerlich seine Souveränität und damit seine Existenz verlieren muß.

Die deutsche Regierung muß in der Frage der Militärkontrolle festbleiben. Sie darf durch eine Zustimmung zu Kompromißvorschlägen, die eine Fortdauer der Militärkontrolle in der verdeckten Form eines Garantiekommitees anstreben, Frankreich nicht zu der gewollten Vernichtung des letzten spärlichen Restes deutscher Verteidigungsmöglichkeiten verhelfen.

Das deutsche Volk muß um so zäher an Wehrhaftigkeit und Waffenfreudigkeit hängen, je weniger Waffen

ihm seine erbarmungslosen Feinde gelassen haben. Denn vor seinen westlichen Grenzen wohnt kein friedfertiges Volk, sondern eine räuberische Nation, die seit Jahrhunderten sengend und mordend in deutsches Land eingefallen ist, wenn ihm nur sich die Gelegenheit bot.

Eine englische Geste.

Zur Neugestaltung der Militärkontrolle

Fast die gesamte Londoner Presse weist übereinstimmend — anscheinend offiziös inspiriert — darauf hin, daß, wenn Deutschland sich nicht dazu entschließen könne, die von der Botschafterkonferenz angenommenen Vorschläge über die Umgestaltung der Militärkontrolle im Geiste versöhnlichen Entgegenkommens zu besprechen und anzunehmen, man sich von englischer Seite nicht länger dagegen sträuben werde, daß der bisherige Kontrollapparat, der so kostspielig sei und Anlaß zu so vielen Reibungen gegeben habe, in Zukunft auch weiterhin seine volle Tätigkeit ausüben solle.

Die „Daily News“, das deutschfreundlichste Blatt der englischen Morgenpresse, sprechen ganz offen davon, daß eine Ablehnung der englischen Vorschläge über die Militärkontrolle von deutscher Seite Poincaré dazu ermutigen werde, in allen Fragen gegenüber Vermittlungsvorschlägen eine viel kältere Haltung anzunehmen. Der englische gesunde Menschenverstand vermag es nicht zu fassen, daß man auf deutscher Seite das Kampffeld zu verschieben trachtet, indem man sich, statt nur auf das große Zentralproblem des europäischen Friedens zu sehen, mit solchen „Fragen zweiten Ranges“ wie die Umgestaltung der Militärkontrolle und der Herabsetzung der an sich finanziell nicht besonders schwer wirkenden Reparationsabgabe befasse. Die Welt verstehe es nicht, daß Deutschland in einem Augenblick, in dem es zweifellos auf den guten Willen aller Völker für die Sicherung seiner Ernährung und für die Unterbringung seiner Stabilitätsanleihe und zur Erlangung eines Moratoriums angewiesen ist, sich ausgerechnet darin gefalle, in Nebenfragen eine Hartnäckigkeit zu beweisen, die sich eine Großmacht infolge ihrer militärischen und politischen Kräfte leisten könnte zu einem Zeitpunkt, wo sie in keiner Beziehung auf das Verständnis oder die Unterstützung anderer Länder angewiesen wäre.

Der diplomatische Vertreterstatter des „Daily Telegraph“ weist in einer Antwort auf Stresemanns Rede darauf hin, daß es sehr kleinlich wäre, wenn Deutschland die englischen Vorschläge über die Militärkontrolle damit beantwortet wolle, zu sagen, daß diese Umgestaltung nicht ausdrücklich im Vertrage von Versailles vorgesehen sei und daß Deutschland derartigen Vorschlägen überhaupt erst näher treten könne, wenn Frankreich durch die Räumung des Ruhrgebietes seine Beziehung des Vertrages von Versailles vorher gutgemacht habe.

Die Reichsregierung wird immerhin gut tun, diese allerneueste Abänderung des Friedensvertrages sehr genau unter die Lupe zu nehmen, ehe sie zustimmt.

Deutschlands Einheit.

Eine wirtschaftliche Forderung der Sachverständigen. Die Arbeiten der Pariser Sachverständigenausschüsse nähern sich langsam ihrem Ende und allmählich lassen sich die Ziele der Sachverständigen klar erkennen.

Die Sachverständigen sind darüber einig, daß die Reparationen nur bezahlt werden können, wenn die wirtschaftliche Einheit des Reiches wiederhergestellt wird, und wenn Deutschland einen Zahlungsaufschub von mindestens 2 Jahren erhält, mit Ausnahme der Sachlieferungen, die unter allen Umständen gesichert werden müssen. Die gleiche Einigkeit besteht auch darüber, daß Frankreich Garantien erhalten muß, wenn es dazu veranlaßt werden soll, die wirtschaftliche Besetzung des Ruhrgebietes aufzugeben. Diese Garantien werden angestrebt: erstens durch die Eisenbahnanleihe, die nach gewissen Plänen, auch für die Sicherung der Grenzen Gewähr leisten soll, und zweitens durch eine Reparationskasse, die mit Hilfe der Monopole geschaffen werden soll.

Die Monopole sind aber vermutlich anders gedacht, als die französischen Staatsmonopole, sie sollen mehr eine indirekte Steuer darstellen; die Einnahmen aus diesen Monopolen sollen in eine Kasse gelegt werden, die von der Reparationskommission verwaltet wird; im zweiten Jahre des Moratoriums werden die Einnahmen an das Reich abgeliefert, damit es sein Budget in Ordnung bringen und für die Sachlieferungen sorgen kann. Vom dritten Jahre ab bleiben die Einnahmen bis zu der Höhe eines bestimmten Betrages im Besitze der Reparationskommission, die sie an die Gläubiger verteilt; nur was über diesen Betrag hinausgeht, fällt Deutschland zu. Dieser Plan ist in allen Einzelheiten noch nicht ganz durchgearbeitet; er hat im Sachverständigenausschuß eine Mehrheit von Verteidigern, aber auch einige gewichtige Gegner.

Ein neuer Eisenbahnplan.

Nach der ziemlich einstimmigen Meinung aller Sachverständigen wäre die Verpachtung der gesamten Reichsbahn an ein internationales Konfinkortum für eine bestimmte Zeit „nicht nur die beste materielle, sondern auch die beste politische Sicherher. Wenn internationales Kapital an den Erträgen der Reichsbahn interessiert sei, werde manche Gefahr für den Frieden beseitigt.“ Da aber gegen diese Lösung in Deutschland „Bedenken“ beständen, und zwar nicht bloß bei den nationallistischen Elementen, sondern auch in anderen Kreisen, so versuche man andere Wege. Es werde jetzt der Gedanke erwogen, daß die Verwaltung der Bahnen beim Reich bleibt, dem Privatkapital aber, dem deutschen und internationalen, ein Anteil an den Reichsunternehmungen überlassen wird. Auf diese Art glaubt man, wäre eine private Kontrolle und Einwirkung auf die Geschäftsführung gesichert, die von den Sachverständigen für unerlässlich gehalten wird.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

In Erfurt findet am 9. und 10. März die Tagung des Reichsbundes der höheren Beamten statt, der mit rund 100.000 Mitgliedern sämtliche höheren Beamten des Reiches, der Länder und Gemeinden umfaßt.

Keine Wahlreform im Reich. Reichsminister des Innern Jarres teilt dem Reichsrat mit, daß die Regierung nunmehr endgültig auf ihre Wahlreform Verzicht leiste. Annahme fand eine Verordnung auf Durchführung amtlicher Stimmzettel und Erleichterung der Wahlen in Krankenhäusern und Pflegeanstalten.

Verbotene proletarische Hundertschaften in Thüringen. Das thüringische Ministerium des Innern hat auf Grund des Paragr. 14 Abs. 1 des Gesetzes zum Schutz der Republik vom 21. Juli 1922 die sogenannten proletarischen Hundertschaften durch eine Verordnung vom 3. März d. J. für das thüringische Staatsgebiet für aufgelöst erklärt und verboten.

Sachsen gegen fremdkämmige Einwanderung. Der sächsische Landtag beschloß mit allen gegen die kommunistischen Stimmen, die Regierung zu ersuchen, Maßnahmen gegen die Einwanderung von Ausländern in deutsche Städte zu treffen. Ein weiterer Antrag wurde mit allen bürgerlichen gegen die sozialistischen und kommunistischen Stimmen angenommen, dahingehend, den in den letzten Jahren zugewanderten fremdkämmigen Ausländern, falls sie nicht eine Erbschaft durch Neubauten bis Ende 1924 zur Verfügung halten, obwohl sie hierzu in der Lage sind, die benutzten Wohnungen zu entziehen, soweit es mit dem allgemeinen Fremdenrecht vereinbar ist, inzwischen aber eine Sperre von Wohnungsnachweisen an solche Ausländer zu erlassen.

Schwierige deutsch-polnische Verhandlungen. Die deutsch-polnischen Verhandlungen haben zum Abschluß eines Abkommens über gegenseitige Reichshilfe und Vormundschaftsfragen geführt. In den Beratungen über den Hauptverhandlungsgegenstand, die Doppelantennefrage, ist man dagegen auf einen toten Punkt gelangt. Diese Frage und ebenso die Frage der Staatsangehörigkeit wird vermutlich zurecht Schlichtung dem Völkerbundsrat unterbreitet werden müssen.